

„Weil es Unrecht war“: Jutta Rübke trägt Leid der Berufsverbots-Opfer zusammen

Die frühere SPD-Landtagsabgeordnete aus Hildesheim soll im Auftrag des Landtags die Schicksale von RBG-Lehrer Udo Paulus und anderer dokumentieren, die vom Radikalen-Erlass betroffen waren

Von Rainer Breda

Hildesheim. Sein Prozess dauerte zehn Tage. Am Ende entschied die Disziplinarkammer am Verwaltungsgericht Hannover, dass Udo Paulus kein Lehrer mehr sein darf – nur weil er einige Jahre zuvor für die DKP bei der Kommunalwahl kandidiert hatte: Dies sei mit seiner Verpflichtung, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen, nicht vereinbar.

So wie dem damals 39-jährigen Pädagogen von der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim ging es in den 1970er und 1980er Jahren Hunderten Beamten in ganz Deutschland. Andere gelangten gar nicht erst in den öffentlichen Dienst, durften weder Lehrer werden noch bei Post oder Bahn arbeiten. Allein in Niedersachsen waren 130 Männer und Frauen vom „Radikalen-Erlass“ betroffen, den die Bundesländer und der Bundeskanzler Willy Brandt 1972 vereinbart hatten.



Gedränge vor dem Landgericht: Nicht alle Zuhörer fanden Platz. Aufn.: Neufert

Der Hildesheimer Lehrer Udo Paulus (rechts) soll entlassen werden. Daneben sein Verteidiger, Rechtsanwalt Detlef Fricke. Aufn.: Novum

15 Lehrern droht die Entfernung aus dem Dienst

Eigener Bericht
ut Hannover/Hildesheim

Mit dem Verfahren gegen Udo Paulus begann eine Prozessserie gegen DKP-Mitglieder

Aufsehen erregte während des Prozesses in Hannover eine sogenannte „Strafprozessserie“ vor dem Verwaltungsgericht Hannover. In ihr lagte er unter anderem fest, dass nur derjenige, der in der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover anwesend ist, die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts, Otto Groeschupf, vom Staat missverhandelt werden, da er sich von dem Urteil des Landgerichts nach Verleumdung des Politikers, weil Symptomzeichen der Bewegung kann es zu Hauptgenoffen durch, eine nur halböffentliche Tat nicht schnell genug verlassen konnten und die Zuhörer drängte.

Die Kammer begann etwa eine halbe Stunde nach der Rückungsverlesung, in der Sitzung unterbrochen war, mit der Urteilsbegründung. Der in dem Disziplinarkammer vertretene Lehrer Paulus und sein Verteidiger Detlef Fricke hatten zu dem Zeitpunkt bereits den Gerichtsaal verlassen – Paulus hatte als Reaktion auf den Urteilsspruch dem Gerichtssaal den Rücken zugewandt. „Das ist ein politisches Gestimmtheitsstück.“

Die Dienstentfernung des Lebenszeitbeamten Udo Paulus begründete Richter Groeschupf damit, das Paulus mit seiner Disziplinarkammer bestritten habe. Gegenstand des Disziplinarkammerverfahrens sei nicht die Gesinnung oder die Amtsführung des Beamten, sondern sein Verhalten. Auch wenn Paulus zu dem Zeitpunkt noch nicht als Mitglied der DKP bekannt war, so sei er doch ein politischer

Disziplinargericht verfügt die Entlassung von Lehrer Udo Paulus

„Kandidatur für die DKP war schwere Dienstpflichtverletzung“

Eigener Bericht
ut Hannover/Hildesheim

Der beantragte Hildesheimer Gesamtschullehrer Udo Paulus (39) wird aus dem Schuldienst des Landes Niedersachsen entlassen, weil er im Herbst 1981 bei den Kommunalwahlen für die DKP kandidiert hatte. Dieses Urteil fällt die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover am Dienstag nach zehntägiger Verhandlung in seiner ersten öffentlichen Urteilsbegründung. Der Präsident des Verwaltungsgerichts, Otto Groeschupf, vom Staat missverhandelt werden, da er sich von dem Urteil des Landgerichts nach Verleumdung des Politikers, weil Symptomzeichen der Bewegung kann es zu Hauptgenoffen durch, eine nur halböffentliche Tat nicht schnell genug verlassen konnten und die Zuhörer drängte.

keine Reform des Staates, sondern eine „grundlegend andere Republik“. Das Gericht setzte sich in seiner Urteilsbegründung auch mit dem Vorwurf der Verteidigung auseinander, alle 19 Lehrer, die im Herbst 1981 für die DKP kandidiert hatten, hätten sich in einer rechtlich sicheren Situation befunden: Bis zum Zeitpunkt der Kandidatur sei kein Beamter wegen Zugehörigkeit zur DKP entlassen worden. Oberdrehn jedoch die Landesregierung, dass Paulus habe mit dem Land als Mitglied der DKP kandidiert, sei ein Verstoß gegen die Dienstpflicht. Die Kammer hat beschlossen, dass die Disziplinarkammer die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts, Otto Groeschupf, vom Staat missverhandelt werden, da er sich von dem Urteil des Landgerichts nach Verleumdung des Politikers, weil Symptomzeichen der Bewegung kann es zu Hauptgenoffen durch, eine nur halböffentliche Tat nicht schnell genug verlassen konnten und die Zuhörer drängte.



Jutta Rübke
FOTO:
GOSSMANN

Die Hildesheimerin Jutta Rübke soll die 130 niedersächsischen Schicksale jetzt für das Land zusammentragen und mit Hilfe einer wissenschaftlichen Kraft aufarbeiten. Der Landtag hat die Regierung im Dezember aufgefordert, den Auftrag zu erteilen; es steht nur noch die formale Berufung Rübkes durch das rot-grüne Kabinett aus. In Hannover wird damit für Ende Januar gerechnet. Ab Februar kann Rübke wohl loslegen. Geht es nach ihr, liegt der Bericht zur letzten Landtagssitzung der Wahlperiode im Dezember vor.

Rübke ist mit dem Thema bestens vertraut: Die frühere SPD-Landtagsabgeordnete hat den Antrag, den Radikalen-Erlass aufzuarbeiten, zur ihrer Zeit im Parlament mit angeschoben. „Weil der Staat damals in seiner panischen Angst, vom Kommunismus überrollt zu werden, überreagiert hat und den Betroffenen Unrecht zugefügt hat.“ Ein Unrecht, das SPD, Grüne und Linke bereits in der vergangenen Wahlperiode von einer Kommission dokumentieren lassen wollten. Doch der gemeinsame Antrag, den die drei Fraktionen dazu 2012 einbrachten, scheiterte an der

Udo Paulus kehrt heute in die RBG zurück

Schüler und Lehrer wollen ihm einen großen Empfang bereiten / SPD und DGB äußern sich zufrieden

Der vom Kultusministerium zunächst vom Dienst suspendierte, dann aber wieder eingestellte Gesamtschullehrer Udo Paulus wird am heutigen Montag um 9.30 Uhr seinen Dienst in der RBG wieder aufnehmen. Schüler und Lehrer wollen ihm einen großen Empfang bereiten.

Klaus Bange, SPD-Ortsvereinsvorsitzender, schreibt dazu in einer Stellungnahme an die GEW: „Daß Udo Paulus wieder unterrichten darf, erfüllt uns mit großer Freude und politischer Genugtuung. Schließlich hat sich unsere Partei von An-

fang an gegen diese undemokratischen Verfahren gewandt, die eines Rechtsstaates unwürdig sind. Nun muß Paulus juristisch und rechtlich voll rehabilitiert werden.“

Fred Uwe Schulz, DGB-Kreisvorsitzender, schreibt dazu: „Der DGB-Kreisvorstand hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß das Berufsverbot gegen Udo Paulus vorläufig aufgehoben worden ist. Jetzt kommt es darauf an, daß Paulus seine Rechte wieder voll wahrnehmen kann. So muß er seine Personalratstätigkeit uneingeschränkt wieder aufnehmen

können. Auch sonst dürfen ihm wegen seiner Suspendierung keinerlei Nachteile entstehen.“

Auf Einladung der Hildesheimer GEW liest heute abend der in Köln lebende Schriftsteller Dieter Bongartz aus seinem Buch „Chronik einer Dienstenthebung“. Der Schriftsteller beschreibt in diesem Buch Hintergründe und Verlauf des Gerichtsverfahrens gegen den RBG-Lehrer. Die Veranstaltung findet um 20 Uhr in „Ameis Buchecke, Goschenstraße, statt



Der Prozess gegen RBG-Lehrer Udo Paulus im Herbst 1984 machte bundesweit Schlagzeilen – und natürlich berichtete auch die Hildesheimer Allgemeine Zeitung über das Verfahren in Hannover. Ein Jahr nach der Entfernung des 39-Jährigen aus der Schule hob das Land die Suspendierung wieder auf. MONTAGE: KRUPP

schwarz-gelben Landesregierung. Dann folgte ein Jahr später der Regierungswechsel. Und Rübke legte Bernd Lynack, ihrem Nachfolger im Landtag, das Thema ans Herz. Eine Ehrensache für den Himmelsthürer – erst Recht, nachdem der einstige RBG-Lehrer Paulus ihm ein Buch geschenkt hatte, das seinen Prozess samt der (ein Jahr später zurückgenommenen) Entlassung aus dem Schuldienst schilderte. Der 47-jährige SPD-Politiker war schockiert. „Ich habe Dinge erfahren, die nicht zu meinem Demokratieverständnis und meinem Bild von meiner Partei und Willy Brandt passen.“ Für Lynack steht fest: Das

Land muss den Betroffenen ihre Ehre wiedergeben, sie rehabilitieren. Doch CDU und FDP können sich noch immer nicht mit der Kommissions-Idee anfreunden. Sie lehnten im Dezember 2016 im Landtag sogar das Einsetzen einer ehrenamtlichen Beauftragten ab – eine Konstruktion, die Rot-Grün der Opposition als Brücke gebaut hatte. Der CDU ist der Ansatz „zu einseitig“, die FDP findet Berufsverbote unter gewissen Umständen hinnehmbar. Rübke wäre zwar ein einmütiger Auftrag des Landtags lieber gewesen. Doch noch wichtiger ist es ihr, dass die Aufarbeitung endlich in Gang kommt. „Sonst ist die Wahl-

periode zu Ende und die Sache verschwindet wieder in der Schublade, falls sich die Mehrheiten ändern.“ Wie wichtig den Betroffenen der Vorgang ist, zeigen die Reaktionen auf den Landtagsbeschluss und Lynacks Rede dazu. Darin bezeichnete er den Radikalen-Erlass als „unrühmliches Kapitel“, entschuldigte sich im Namen von SPD und Grünen. Als „äußerst bemerkenswert und mutmachend“ lobt Matthias Wietzer von der niedersächsischen Initiative gegen Berufsverbote den Auftritt des Sozialdemokraten und seine Botschaft. Ein Wunsch der Initiative dürfte sich allerdings nicht

erfüllen – der nach finanzieller Wiedergutmachung. So bekämen einige der Betroffenen als Folge ihrer jahrelangen Suspendierung mehrere hundert Euro weniger Rente, berichtet Anwalt Detlef Fricke, der seinerzeit Paulus und andere Lehrer vertreten hatte. Das wissen auch Lynack und Rübke. Doch beide winken ab: Geld werde nicht fließen. Anwalt Fricke findet den Kurs des Landes gleichwohl löblich: Niedersachsen sei das einzige Bundesland, das sich die Aufarbeitung auf die Fahnen schreibe. „Alle anderen wollen das lieber vergessen.“ Rübke erledigt ihre Aufgabe unentgeltlich, sie bekommt nur Fahrtgeld.

Vor der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover hat am Montag ein Prozess gegen 15 Professoren begonnen, die von der Landesregierung wegen ihrer Zugehörigkeit zur DKP aus dem Staatsdienst entlassen werden sollen. Das Disziplinarverfahren gegen die Verwaltungsbeamten des Landes ist das erste in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die Verurteilung der Professoren ist ein großer Erfolg: Verwaltungsrichter Maaß hat keine Einwände gegen die Entlassung geäußert. Er hat die Bemerkung abgelehnt, dass die Professoren nicht erkennbar von Kommunisten beeinflusst worden seien. Schließlich hat er die Entlassung der Professoren als rechtmäßig bestätigt. Bei der Entscheidung sprach sich die Kammer mit den Mitgliedern der DKP ab. Die Kammer hat die Professoren als Kommunisten bezeichnet. Die Kammer hat die Professoren als Kommunisten bezeichnet. Die Kammer hat die Professoren als Kommunisten bezeichnet.

An dem Tag, an dem die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover hat am Montag ein Prozess gegen 15 Professoren begonnen, die von der Landesregierung wegen ihrer Zugehörigkeit zur DKP aus dem Staatsdienst entlassen werden sollen. Das Disziplinarverfahren gegen die Verwaltungsbeamten des Landes ist das erste in der Geschichte der Bundesrepublik.

Zu den rund einhundert Besuchern, die den Prozess in Hannover beobachteten, zählten auch 32 Lehrer der Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim, an der Udo Paulus seit 1971 als Fächer Erdkunde, Mathematik und Englisch unterrichtet hat. Die Besucherinnen und Besucher haben sich im Vorfeld des Prozesses in Hannover versammelt. Sie wollen den Prozess in Hannover beobachten.

Die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover hat am Montag ein Prozess gegen 15 Professoren begonnen, die von der Landesregierung wegen ihrer Zugehörigkeit zur DKP aus dem Staatsdienst entlassen werden sollen. Das Disziplinarverfahren gegen die Verwaltungsbeamten des Landes ist das erste in der Geschichte der Bundesrepublik.